

Faire Löhne in der Schweiz – statt Offshore-Millionen im Ausland

Anlässlich des Besuchs von Bundesrat Schneider-Ammann an der Mustermesse in Basel hat heute morgen die Unia Nordwestschweiz zusammen mit Multiwatch und der Juso Basel-Stadt eine Protestaktion gegen Offshore-Konstrukte organisiert. Die Unia Nordwestschweiz ruft Schneider-Amman auf, sich besser für faire Löhne im eigenen Land einzusetzen, statt für unfaire Offshore-Konstrukte im Ausland.

Die Annahme der Masseinwanderungs-Initiative ist eine Quittung für die Untätigkeit und die Weigerung des Bundesrates, der Wirtschaft und der bürgerlichen Parteien, den Lohnschutz und die Arbeitnehmerrechte in der Schweiz auszubauen. Um gegen Dumpinglöhne nachhaltig vorzugehen, braucht es einen gesetzlicher Mindestlohn von 4'000 Franken. Doch genau diesen will Bundesrat Schneider-Ammann verhindern, unter anderem mit dem Argument ein Mindestlohn bekämpfe nicht die Armut. Tatsache aber ist, dass gerade durch Offshore-Konstrukte, wie es die Ammann-Gruppe getätigt hat, dem Fiskus in diesem Fall Steuereinnahmen von mehreren 100 Millionen Franken entgehen. Geld das den Sozialwerken dringend fehlt.

Besser für faire Löhne sorgen, statt für unfaire Offshore-Konstrukte

Bundesrat Schneider-Ammann hält Offshore-Konstrukte gemäss Aussagen in den Medien nicht nur für legal, sondern auch für legitim. Dies ist ein Affront gegenüber allen KMU's und Arbeitnehmenden, die anständig ihre Steuern hier bezahlen, während Grosskonzerne durch fiese Steuertricks Milliarden von Schweizer Franken in ausländischen Steueroasen bunkern. Statt solche unfairen Konstrukte zu verteidigen und ausländische Steueroasen zu begünstigen, sollte sich Bundesrat Schneider-Ammann besser für faire Löhne im eigenen Land einsetzen.

Rückfragen: Hansueli Scheidegger, Co-Leiter Unia Nordwestschweiz

Unia Nordwestschweiz, 14.02.2014.

Unia Nordwestschweiz > Regierung Schweiz. Mindestköhne. Unia. 2014-02-14